

Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 102 Harderberg - Süd

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO), in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG), der Baunutzungsverordnung und der Planzeichenverordnung in den zur Zeit gültigen Fassungen, hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte in seiner Sitzung am 3. Mai 1971 die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen:

Nachrichtliche Hinweise:

Gemäß § 9 (4 + 6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß

1. für die Gestaltung der in den o.a. Bebauungsplan vorgesehenen Baukörper die von der Stadt Georgsmarienhütte aufgrund der Verordnung über die Baugestaltung vom 10.11.1936 (BGBl I S. 938) erlassene Satzung von 3. Mai 1971 zu beachten.
2. die sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung, in der Begründung vom 6. November 1978 dargelegt sind,
3. für die Errichtung von Garagen § 13 RGO gilt.

§ 4 Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gemäß § 6 (2) der NGO in Verbindung mit den §§ 35 – 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,00 bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 5 Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 2 und Nr. 5 der ehemaligen Gemeinde Harderberg außer Kraft.